

Die Vortragsreihe der Theodor Eschenburg-Vorlesung



Deutschland im Jubiläumsjahr 2009

Blick zurück nach vorn

Theodor Eschenburg-Vorlesung

Herausgegeben von Prof. Dr. Gabriele Abels

2011, 276 S., brosch., 49,- €,

ISBN 978-3-8329-6024-7

Erscheint ca. Januar 2011

2009 war das Jahr zahlreicher deutscher Jubiläen. Der 60. Geburtstag des Grundgesetzes sowie der 20. Jahrestag des Mauerfalls sind nur zwei der wichtigsten Jahrestage.

Die Theodor Eschenburg-Vorlesung 2009 war Auftakt, um in zahlreichen Vorträgen auf die deutsche – und damit zugleich auch europäische – Geschichte zurückzublicken. Europäisierung, Globalisierung und gesellschaftliche Modernisierung sind drei zentrale Faktoren, welche die deutsche Entwicklung zutiefst geprägt haben. Die Analyse von Kontinuität und Wandel schärft den Blick für die aktuellen und künftigen Herausforderungen. Die Beiträge analysieren das Werden der Republik in Gegenwart und Zukunft aus zeitgeschichtlicher, juristischer, soziologischer und politologischer Perspektive.

Mit Beiträgen von:

Prof. Dr. Gabriele Abels, Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, Prof. Dr. Oscar Gabriel, Prof. Dr. Regine Gildemeister, Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Prof. Dr. Gunther Hellmann, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Prof. em. Dr. Rudolf Hrbek, Prof. Dr. Sabine Kropp und Matthias Ruschke M.A., Prof. Dr. Josef Schmid, Prof. Dr. Dr. h.c. Rita Süßmuth, Thomas Urban.



Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung Außenpolitik in der Berliner Republik

Gunther Hellmann

Die griechische Finanzkrise vom Frühjahr 2010 und die unter den EU-Partnern als überraschend harsch empfundene Reaktion von Bundeskanzlerin Merkel haben die Diskussion über grundlegendere Veränderungen der deutschen Außenpolitik seit der Vereinigung neu belebt. Im ersten Jahrzehnt der »Berliner Republik«, den 1990er Jahren, herrschte vor allem in der deutschen Politikwissenschaft noch weitgehend Übereinstimmung, dass größere Veränderungen weder zu erwarten, noch wünschenswert wären. Angesichts der Erfolgsgeschichte der »Bonner Republik«, die in einer überraschend zügigen und einvernehmlichen internationalen Regelung über den Modus der Vereinigung gipfelte, schien es ausgemacht, dass das neue Deutschland im Wesentlichen eine größere Bundesrepublik werden würde. Angesichts des Vorteils, den diejenigen genießen, die solche Projektionen vor dem Hintergrund »erlebter Geschichte« Revue passieren lassen können, ist es wenig erstaunlich, dass dieser Teil der jüngeren Geschichte mittlerweile etwas anders gesehen und beschrieben wird. Dass sich deutsche Außenpolitik verändert hat, wird kaum noch bestritten. Angesichts des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan und des machtvollen Auftretens der Bundesregierung in der griechischen Finanzkrise – um nur zwei Beispiele herauszugreifen – wäre eine Position, die Veränderungen leugnet, auch schwerlich haltbar. Zudem gehören die Begriffe »Wandel« und Kontinuität« zu jenem Typus von Vokabular, das seine Attraktivität vor allem seinem vielseitigen und flexiblen Einsatz für rhetorische Zwecke verdankt. Entscheidend ist vor diesem Hintergrund weniger die Frage, *ob* Kontinuität *oder* Wandel hervorsteche, sondern *wie* sich die Entwicklung deutscher Außenpolitik im Einzelnen beschreiben lässt, d.h. welcher Referenzpunkt zur Beurteilung von Wandel und Kontinuität gewählt wird, wie Wandel und Kontinuität in konkreten Handlungszusammenhängen deutscher Außenpolitik beschrieben werden und wie sich dies gegebenenfalls zu übergreifenden Bewertungen im Blick auf »das Ganze« deutscher Außenpolitik summieren lässt.

Wenn man die Fachdiskussion unter diesem Gesichtspunkt Revue passieren lässt, neigt eine (allerdings schwindende) Mehrheit von Beobachtern nach wie vor der Auffassung zu, dass im Vergleich zwischen »alter« und »neuer« Bundesrepublik (oder zwischen »Bonner« und »Berliner Republik«) Kontinuität in der Summe nach wie vor überwiegt. Am prägnantesten hat dies Hanns Maull im Blick auf die Kontinuität einer »Zivilmacht« Deutschland formuliert:

»Der Bogen der außenpolitischen Kontinuität, der sich von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder und Joschka Fischer, von 1949 bis 2005 spannen lässt, bezieht sich zunächst auf die außenpolitischen Grundorientierungen. Kontinuität charakterisiert darüber hinaus jedoch auch den *modus operandi*, also die präferierten Instrumente und Vorgehensweisen, mit denen die

deutsche Außenpolitik ihre Ziele verfolgte, als auch – über weite Strecken – den spezifischen Stil und die außenpolitische Rhetorik. Wandel lässt sich dem gegenüber nur in begrenztem Umfang feststellen, er beschränkt sich im Wesentlichen auf Politikanpassungen im Bereich der Sicherheitspolitik und Veränderungen im außenpolitischen Stil und in der Rhetorik und ist insgesamt als Wandel im Detail innerhalb des Kontextes der Kontinuität zu verstehen.« (Mauß 2006, 422; vgl. auch Mauß 2007)

Bemerkenswerterweise wird die Perspektive überwiegender Kontinuität allerdings auch von Gregor Schöllgen vertreten, der im starken Kontrast zu Mauß in einer wiedererstarzten »Großmacht« Deutschland das wichtigste Kennzeichen neuer deutscher Außenpolitik sieht. Gerade auch die Regierung Schröder, so Schöllgen, habe »die gewachsene außenpolitische Tradition der Bundesrepublik« im Wesentlichen fortgesetzt. Sofern sie verändert (bzw. »erweitert«) wurde, sei es lediglich darum gegangen, sie an die »Gegebenheiten anzupassen« und »die Deutschen so auf den Boden der neuen weltpolitischen Wirklichkeit« zu führen (Schöllgen 2005, 8; vgl. auch Schöllgen 2003). Eine wachsende Minderheit vertritt demgegenüber die Auffassung, dass Elemente des Wandels in der Summe deutlich stärker hervortreten. Zu dieser Gruppe sind (mit Ausnahme Schöllgens) zumeist auch jene zu rechnen, die zwischen einer Bonner »Zivilmacht« und einer weit stärker machtpolitische Praktiken an den Tag legenden Berliner »Großmacht« einen Paradigmenunterschied sehen. Vor allem bezogen auf eine »Militärmacht« Deutschland (Kleinwächter/Krämer 2007), die im Unterschied zur alten Bundesrepublik vor allem durch internationale Einsätze der Bundeswehr charakterisiert sei, werden solche Beschreibungen von Veränderung zumeist in kritischer Absicht vorgetragen.

In diesem Beitrag werde ich mich im Hinblick auf die Reichweite außenpolitischer Veränderungen weitgehend jenen anschließen, die die Differenz zu früher hervorheben. Ich werde argumentieren, dass vor allem unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder ein bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichender Prozess zunehmender machtpolitischer Selbstbehauptung deutscher Außenpolitik auffallend forciert wurde. Dieser Prozess war jedoch weder rein voluntaristisch getrieben, noch ausschließlich strukturell determiniert. Vielmehr ergab er sich aus dem Wechselspiel zwischen veränderten Zielen des kollektiven Akteurs Deutschland einerseits und veränderten Anreizen und Zwängen seines innerstaatlichen und internationalen Umfeldes andererseits. Gerade dieses Wechselspiel verdeutlicht allerdings auch, wie sehr die alten Referenzmuster (Großmacht versus Zivilmacht, Europäisierung versus Re-Nationalisierung oder Machtpolitik versus Verantwortungspolitik) den Blick auf eine angemessene Beschreibung des »Neuen« in der deutschen Außenpolitik verstellen können. Solche Referenzpunkte taugen nämlich nicht zuletzt deshalb nur noch bedingt, weil sie unter den veränderten Bedingungen zumeist etwas völlig anderes, manchmal sogar das genaue Gegenteil dessen bedeuten, wofür sie früher standen. Wenn man daher auf der Suche nach angemessenen Vergleichsmaßstäben weniger auf die deutsche Geschichte blickt, um etwa ein Wiederaufleben machtpolitischer Traditionen wie zu Bismarcks Zeiten oder eine große Kontinuität zur Bonner Republik festzustellen, sondern stärker auf vergleichbare Partnerstaaten wie Frankreich oder Großbritannien im EU-Umfeld schaut, stellt sich nicht nur die im deutschen

Diskurs häufig stark gemachte Differenz zwischen Großmacht und Zivilmacht beträchtlich kleiner dar, sondern werden auch deutsche Eigentümlichkeiten als Synthesen früherer Erfahrungen deutlicher sichtbar. In diesem Sinne soll der vorliegende Beitrag nach einer Rekapitulation der Ausgangssituation nach der Vereinigung (Abschnitt 1) die These einer Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung entfalten (Abschnitt 2), bevor in einem dritten und abschließenden Schritt der Versuch gemacht wird, den inhaltlichen Kern der neuen strategischen Ausrichtung deutscher Außenpolitik auf den Begriff eines »fordernden Multilateralismus« zu bringen (Abschnitt 3).

1. Die Diskussion um Kontinuität und Wandel nach der Vereinigung

Wer beurteilen will, wo Deutschland heute im Jahr 2010 steht, tut daher gut daran sich zu vergewissern, wo es herkommt. Reden aus dem unmittelbaren Umfeld der Vereinigung im Herbst 1990 geben Aufschluss darüber, mit welchen Erwartungen die politische Klasse dem vereinigten Deutschland entgegensah. Zwei Reden des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher scheinen in diesem Zusammenhang besonders relevant zu sein: zum einen die Rede Genschers vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen wenige Tage vor dem 3. Oktober 1990. In ihr beschwor der deutsche Außenminister nicht nur, dass »vom Boden des vereinten Deutschland [...] nur Frieden ausgehen« werde, sondern er auch hinzufügte, dass die Verpflichtung der Präambel des Grundgesetzes, »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa [...] dem Frieden der Welt [zu] dienen«, als »Absage an Machtpolitik« und als Selbstverpflichtung auf eine »Politik der Verantwortung« auch für künftige Generationen deutscher Politik Gültigkeit behalten werde. Zudem wiederholte Genscher den damals oft zitierten Satz von Thomas Mann, dass diese Zukunft ein »europäisches Deutschland« und kein »deutsches Europa« erwarten dürfe (Genscher zit. n. Bettzuege 1995, 708, 710).

Zitierenswert ist zum anderen die Rede, die Genscher wenige Tage zuvor im Zusammenhang mit dem Abschluss des »Zwei-plus-Vier«-Vertrags im Bundestag gehalten hatte. Hier gelobte Genscher, dass die Deutschen zukünftig weltweit mit einer »Politik des guten Beispiels« vorangehen würden (Genscher 1990, 17803D). Die allseits als Erfolgsgeschichte gefeierte Außenpolitik der Bonner Republik sollte angesichts des »größeren Gewichts des vereinigten Deutschland« fortgeschrieben werden. »Wir wissen, dass sich die Völker Europas die Frage stellen, wie wir Deutschen dieses größere Gewicht nutzen werden«, mahnte Genscher, und er fügte hinzu: »Es kann darauf nur eine Antwort geben: Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewusst, die daraus erwächst.« (Ebd., 17804C) Anschließend formulierte Genscher acht Prinzipien einer »Politik des guten Beispiels« für das vereinte Deutschland: (1) die allgemeine Verpflichtung auf den Frieden sowie die Grundwerte des Grundgesetzes; (2) die »europäische Berufung« Deutschlands, die vor allem in der »einzigartigen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich« ihren Ausdruck finde;

(3) eine »besondere Verantwortung für die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa«, die in einer »europäischen Stabilitätspolitik« resultieren sollte, »in der die militärischen Faktoren eine immer geringere Rolle spielen«; (4) ein »zukunftsgerichtetes« Verhältnis zur Sowjetunion und (5) zu Polen; (6) eine »größere Verantwortung [...] bei der Vertiefung und der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses«, die auf ein »institutionalisiertes kooperatives europäisches Sicherheitssystem« abzielen sollte; (7) eine »größere Verantwortung« für die »Stärkung des transatlantischen Verhältnisses«, damit der Atlantik »nicht breiter« wird, »wenn die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur Europäischen Union immer mehr an Identität gewinnt«; sowie (8) eine Verantwortung für eine »neue Weltordnung«, die die »Hoffnung auf eine neue Kultur des internationalen Zusammenlebens« nährt. Kurzum: »Die Politik des guten Beispiels verpflichtet uns, die globalen Herausforderungen anzunehmen«, und: »Alle diese Aufgaben wird das vereinte Deutschland als besondere Herausforderung verstehen«. (Ebd., 17804D-178007A)

Diese Projektionen entsprachen auch weitgehend dem Selbstverständnis der Deutschen wie Umfragedaten spiegelten. In einer Umfrage der Süddeutschen Zeitung vom Januar 1991 wurde beispielsweise gefragt, ob sich »das vereinte Deutschland in Zukunft aus internationalen Konflikten heraushalten« oder ob es sich »einmischen« solle. Nur ein Viertel der Deutschen wollten sich in solche Konflikte »einmischen«, drei Viertel befürworteten »heraushalten«. Von einer bevorstehenden »Verschweigerung« Deutschlands war damals vielfach deshalb die Rede, weil die Schweiz (mit den ihr zugeschriebenen Werten »Wohlstand und Unabhängigkeit«) von den Deutschen in Ost und West mit Abstand als jenes Land benannt wurde, an dessen Vorbild sich die Bundesrepublik orientieren sollte (40%). Schweden rangierte (als »Sozialstaat«) mit 29% auf Platz 2, Italien (als Land der »Lebensfreude«) mit immerhin noch 10% auf Platz 3. Frankreich (8%), die USA (6%) und England (2%) landeten demgegenüber abgeschlagen auf den hinteren Plätzen (Meroth 2000). In eine ähnliche Richtung wies eine Umfrage von Allensbach. Auf die Frage, ob Deutschland »mehr Verantwortung in der Welt übernehmen« oder sich »da zurückhalten« solle, sprachen sich 1991 noch 56% für »mehr Verantwortung« und 31% für »Zurückhaltung« aus (Institut für Demoskopie Allensbach 2010, 300).

Dem Kommentator des britischen »Economist« fiel es demgegenüber ganz offensichtlich schwer, alle diese hehren Versprechungen für bare Münze zu nehmen. Zwar sei es verständlich, dass die Deutschen in der Stunde des Glücks viel Gutes tun wollten und am liebsten allen »die beste aller Welten« gleichzeitig versprechen. Es sei aber höchst »unrealistisch«, dass die Deutschen alle zufrieden stellen könnten. Harte Entscheidungen im Sinne eines entweder-oder ließen sich nicht vermeiden und daher würde sich sehr bald erweisen, dass die Deutschen in Interessenskonflikten ihre eigenen nationalen Interessen in den Vordergrund rücken würden – mit allen unangenehmen Folgen für ihre Nachbarn und Partner.¹

1 »As Germany's influence grows, so will its capacity to upset people. Mr. Kohl and his foreign minister, Mr Hans-Dietrich Genscher, have steered an admirably smooth course to unity

Deutlich pointierter formulierte die frühere britische Premierministerin Margret Thatcher ihre Zweifel an den geläuterten Deutschen. Zum einen schien ihr »dieses größere Deutschland einfach zu groß und zu mächtig, um weiter seine alte Rolle zu spielen«. Zum anderen müssten sich die Europäer in Erinnerung rufen, dass von den Deutschen schon aufgrund ihres »nationalen Charakters« wenig Gutes zu erwarten sei.² Deutschland sei »schon allein aufgrund seiner Natur eine destabilisierende und eben keine stabilisierende Kraft in Europa«. Die Tatsache, dass dies in den vorangehenden vier Jahrzehnten nicht zum Vorschein gekommen sei, sei nicht der Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft (oder Europäische Union), sondern vielmehr »ausschließlich dem militärischen und politischen Engagement der USA in Europa und der engen Zusammenarbeit zwischen den beiden stärksten souveränen Staaten Europas – Großbritannien und Frankreich« zu verdanken gewesen. Nur dadurch sei es möglich gewesen, deutsche Macht effektiv auszubalancieren (Thatcher 1993, 791).

Diese skeptische bis (teilweise irrational) pessimistische Beurteilung fand zwar hier und da in ausländischen Medien eine gewisse Resonanz, in der akademischen Debatte wurden die Entwicklungsperspektiven jedoch viel nüchterner, wenn auch durchaus ähnlich skeptisch wie im Kommentar des »Economist« eingeschätzt. Insbesondere die Anhänger des Realismus argumentierten, dass die Vereinigung schon deshalb Machverschiebungen in Europa mit sich bringen würde, weil sie von zwei weiteren gravierenden Einschnitten begleitet werde: dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes. Von diesen Veränderungen würde kein Staat so stark profitieren wie Deutschland. Folglich sei auch zu erwarten, dass sich dies machtpolitisch niederschlagen würde. Da die »Fesselung« der deutschen Macht (z.B. in der Form der früheren sogenannten Vier-Mächte-Rechte) nunmehr weggefallen sei, sei es sehr wahrscheinlich, dass das nunmehr wieder voll

by making lots of promises, at least some of which they will not be able to keep. German voters were told that the bill for unity could be paid without an increase in their taxes. The Russians were offered cash and eternal friendship. The Poles were assured (after some unseemly hesitation) that their western border was secure. Germany's EC partners were promised complete Euro-commitment. Americans were promised continuing loyalty to NATO. The words »either« and »or« are not in the Kohl-Genscher vocabulary; they offer a Panglossian best of all possible worlds. This is understandable, given that Germany sits in the middle of Europe and wants to keep its neighbours on both sides happy. It is also unrealistic. Trade-offs and hard choices cannot be ducked. [... In the future] [w]here interests conflict, the Germans will put their own interests first.« (»Prosit, Deutschland!«; In: The Economist, 29.09.1990, 11f.).

- 2 In ihren Memoiren schrieb Margaret Thatcher, dass die meisten Politiker sich nicht trauten, den Kern des »deutschen Problems« anzusprechen: Sie glaube zwar nicht an eine »Kollektivschuld«, schrieb sie, »[b]ut I do believe in national character« – und wenn man sich die deutsche Geschichte betrachte, komme man nicht an der Schlussfolgerung vorbei, dass Deutschland seit der ersten Vereinigung unter Bismarck »ständig unkalkulierbar zwischen Aggression und Selbstzweifeln hin und her geschwankt« sei (Thatcher 1993, 791). Vgl. hierzu auch das Protokoll einer Zusammenkunft Margaret Thatchers mit einer Reihe renommierter Deutschland-Experten am 24. März 1990: Geheimprotokoll »Wer sind die Deutschen?«; In: DER SPIEGEL, 16.07.1990, 110-112.

souveräne Deutschland versuchen würde, sich aus alten Bindungen zu lösen und gleichzeitig seinen nationalen Einfluss auf die internationale Politik zu stärken.

Innerhalb Deutschlands war – von ganz wenigen Stimmen abgesehen – von solch skeptischen Stimmen kaum etwas zu hören. Hier überwog ganz eindeutig die Sichtweise, die im Wesentlichen eine Fortsetzung der alten – wie man dann kurze Zeit später sagte – »Bonner Republik« prognostizierte. Auch das vereinigte Deutschland würde demzufolge im Grunde dieselbe außenpolitische Linie verfolgen wie die alte Bundesrepublik. Sie wäre multilateral ausgerichtet, eingebunden in westliche Institutionen und sie würde die Identität einer »Zivilmacht« (auch dieser Begriff kam damals auf), die den Akzent auf eine nicht-militärische Politik legte, beibehalten. Drei Gründe schienen dies nahe zu legen. Erstens hatte man mit dieser Politik in der alten Bundesrepublik ungewöhnlich großen Erfolg gehabt (vgl. Maull 2006, 424; Schildt 1999). Warum sollte man ein Erfolgsrezept, das den Deutschen gerade den größten aller denkbaren Erfolge beschiedene hatte, aufgeben? Zweitens hatte sich Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg grundlegend verändert. Die außenpolitische »Kultur der Zurückhaltung« sei mittlerweile als Bestandteil der außenpolitischen Identität so tief verwurzelt, dass es überhaupt keinen Grund gäbe zu befürchten, dass Deutschland wieder auf alte Wege der Großmachtspolitik zurückzukehren würde (vgl. Katzenstein 1991; Rittberger 1992). Drittens, schließlich, war es einfach rational, die alte Politik beizubehalten, weil Deutschland ökonomisch ganz eng in europäische wie auch internationale Institutionen eingebunden war und alles schon dafür sprach, dass diese Verflechtungen auch in Zukunft pfleglich behandelt werden würden, weil die Kosten des Scheiterns vor allem Deutschland selbst am empfindlichsten treffen würden (vgl. Kohler-Koch 1991; Wolf 1991).

Diese Kontinuitätsperspektive vernachlässigte jedoch wie stark sich durch die Koinzidenz von deutscher Vereinigung und dem Ende des Ost-West-Konflikts Deutschlands Lage grundlegende verändert hatte. In gewisser Weise musste deutsche Außenpolitik schon allein deshalb völlig neu erfunden werden, weil ihr widerfuhr, was in der Politik sehr selten geschieht: Sie hatte *alles* erreicht. »Einheit in Frieden und Freiheit« – jene alte Formel, in der die Ziele Bonner Außenpolitik zusammengefasst wurden, war mit der Vereinigung Deutschlands in allen drei Dimensionen gesichert. Diese Lage zeitigte allerdings höchst widersprüchliche Folgen. Deutschland wurde einerseits größer, es war plötzlich von seinen früheren Verbündeten weit weniger abhängig, und es wurde zudem durch die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes auch erheblich sicherer – kurz: es schien (in traditionellen Kategorien gemessen) *mächtiger* geworden zu sein. Andererseits begann mit der Vereinigung auch ein Prozess, der Deutschland in doppelter Hinsicht schwächte: der Aufbau Ost verschlang Jahr um Jahr hunderte Milliarden D-Mark, ohne dass sich jene Erfolge einstellten, die die politische Klasse versprochen hatte. Zweitens wurde Deutschland – gerade weil die »deutsche Frage« friedlich und im Konsens aller Betroffenen endgültig beantwortet werden konnte – aus dem Zentrum der Weltpolitik in eine Randlage abgedrängt. Nichts schien forthin absurder als das, was bis weit in die 1980er Jahre immer der Ernstfall war: ein neuer, diesmal womöglich nuklearer Weltkrieg an der Schnittstelle zwischen Ost und West.

Kurzum, Deutschland fand sich Anfang der 1990er Jahre in einer paradoxen Ausgangslage wieder: Es war wie nie zuvor versöhnt mit allen seinen Nachbarn und damit auch in einem langen historischen Blick *präzedenzlos sicher*. Allein dies machte das vereinte Deutschland in klassischen Kategorien auch spürbar »mächtiger«. Durch die Lösung des klassischen Ost-West-Konflikts war es zugleich aber auch *weltpolitisch marginalisierter* geworden und durch die bevorstehende Integration Ostdeutschlands *ökonomisch geschwächt*. Dies also war die Ausgangslage Anfang der 1990er Jahre.

2. Die machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik

Wenn man knapp zwei Jahrzehnte später zurück blickt, was ist dann aus diesen Erwartungen geworden, was hat sich aus dieser Ausgangsposition ergeben? Bevor ich meine eigene Einschätzung darlege, möchte ich noch einen prominenten Gewährsmann zitieren, der schon in den frühen 1990er Jahren vergleichbare Befürchtungen hegte. In Vorbereitung auf das Amt des Außenministers schrieb Joschka Fischer 1994 ein Buch mit dem Titel »Risiko Deutschland«. Darin entwarf er unter anderem diverse Szenarien, in welche Richtung Deutschland sich außenpolitisch entwickeln könnte. Eines davon lohnt, auch heute noch ausführlicher zitiert zu werden:

»[A]us der besonderen deutschen Geschichte heraus ist dieses Land nun einmal gut beraten, keine Rückkehr zu einer militärisch gestützten Außenpolitik zu betreiben. Deutschland war auch ohne Weltpolitik und ›out of area‹-Einsätze über Jahrzehnte hinweg voll bündnisfähig und ein allseits geachtetes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft [...]. Eine erneute ›Vermachtung‹ der deutschen Politik wie sie gegenwärtig allenthalben gefordert wird, liegt nicht im Interesse Deutschlands. Sehenden Auges würde man eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit aufgeben, nämlich den Bruch mit der preußisch-deutschen Machtstaatstradition und die Konzentration des demokratischen Deutschlands auf die zivile Politik. Die weitere Entwicklung ist unschwer abzusehen: Es fängt heute mit der Parole ›Mehr Verantwortung übernehmen!‹ an, dann werden die ersten Kriegseinsätze stattfinden, die ersten Toten wird es geben, die ersten vaterländischen Rituale werden folgen, die Generalität wird mehr Freiheiten wollen, Kriegshelden werden wieder heroisiert, längst überwundene Traditionen werden exhumiert werden und die von den Deutschnationalen heißersehnte Wiederkehr des ›Primats der Außenpolitik‹ wird dann gefeiert werden dürfen; parallel dazu wird Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhalten, in dem als ständige Mitglieder heute nur lauter Nuklearmächte sitzen. Folglich wird auch in Deutschland dann die Debatte beginnen um die ›vollständige‹ Souveränität, und dies ist in der heutigen Welt nun einmal die nukleare Souveränität. Und so wird eines zum anderen kommen, und die wirtschaftliche Großmacht Deutschland wird sich auch auf den Weg zur politischen Großmacht begeben, die Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen – dieses große Ziel der deutschnationalen Revisionsversuche der Gegenwart – wird dann in greifbare Nähe rücken, und das wird bei unseren europäischen Nachbarn alles andere als Entzückensschreie auslösen, sondern Furcht, Misstrauen und mehr oder weniger verdeckte Eindämmungsbemühungen.« (Fischer 1994, 229f.)

Etwas mehr als 15 Jahre nach Veröffentlichung dieses Buches sieht es so aus, als ob Deutschland auf dem Weg, den Fischer als ein Negativszenario entwarf, ein erstaunliches Stück zurückgelegt hat – und dies nicht zuletzt unter einer Regierung, von der aufgrund ihrer parteipolitischen Zusammensetzung eine »internationalistische« Politik zu erwarten war. Gewiss, einige Projektionen gehen ins Leere. Trotz Zunahme militärischer Auslandseinsätze kann weder von einer Unterminierung der politischen Führung durch die Generalität, noch von einer Wiederkehr eines Primats der Außenpolitik gesprochen werden. Ferner kann trotz eines deutlich »selbstbewussteren« Auftretens (das nicht zuletzt durch die von Fischer selbst gestützte Kampagne eines ständigen nationalen Sitzes Deutschlands im UN-Sicherheitsrat zum Ausdruck gebracht wurde) und entsprechend besorgteren Stimmen unter Deutschlands Partnern nicht von Furcht und Misstrauen oder gar »mehr oder weniger verdeckte Eindämmungsbemühungen« die Rede sein. Trotzdem deutete Fischers Instinkt bereits damals in richtige Richtung. Mit dem Vorteil der bilanzierenden Rückschau habe ich in diesem Sinne an anderer Stelle (vgl. Hellmann 2007) die These entwickelt, dass vor allem in der zweiten Amtszeit von Rot-Grün ein bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichender Prozess zunehmender machtpolitischer Selbstbehauptung deutscher Außenpolitik auffallend forciert wurde (vgl. Hellmann 2004; zur Zeit vor 1988 auch Hellmann 2006a). Machtpolitische Selbstbehauptung bezeichnet dabei einen weitreichenden Wandlungsprozess des internationalen Akteurs »Deutschland«, der sich in veränderten außenpolitischen Praktiken spiegelt. Wenn man beispielsweise – entgegen gängiger disziplinärer Konventionen – zwei aufeinander bezogene *Idealtypen*, nämlich Machtpolitik und Zivilisierungspolitik, auf einem Kontinuum abbilden wollte, dann ließen sich die Entwicklungen der letzten Jahre als »Wanderung« von einem zivilisierungspolitischen zu einem machtpolitischen Pol beschreiben. Diese Wanderung war jedoch weder rein voluntaristisch getrieben, noch ausschließlich strukturell determiniert. Vielmehr ergab sie sich aus dem Wechselspiel zwischen veränderten Zielen des kollektiven Akteurs Deutschland einerseits und veränderten Anreizen und Zwängen seines innerstaatlichen und internationalen Umfeldes andererseits. Die These der forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung basiert auf einer idealtypischen Unterscheidung zweier Typen von Außenpolitik, die sowohl an den außenpolitischen Diskurs in Deutschland (vgl. Hellmann 1996; Peters 2001) als auch an theoretische Debatten in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Internationalen Beziehungen (vgl. Harnisch/Maull 2001; Rittberger 2001) anschlussfähig ist.³ Wenn man die Charakteristika beider Idealtypen wie in Tabelle 1 umschreibt, lässt sich insbesondere für die Zeit nach 2002 eine deutliche Zunahme solcher Handlungsmuster nachweisen, die dem Typus der Machtpolitik entsprechen. Aus Platzgründen kann dies an dieser Stelle nicht im Detail empirisch illustriert werden. Das Kernargument soll allerdings an drei Beispielen kurz skizziert werden:

3 Als dritten Typus könnte man sich einen dem Modell des Handelsstaates entsprechenden Typus vorstellen, der auf primär ökonomische Nutzenmaximierung abhebt. Vgl. hierzu Rosecrance 1987; Staack 2006.

der deutschen Politik in der Irak-Krise, dem deutschen Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat sowie der Vereinbarung einer Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland.⁴

Tabelle 1: Die Idealtypen Machtpolitik und Zivilisierungspolitik

	Machtpolitik	Zivilisierungspolitik
Vorrangiges Ziel (national-) staatlicher Außenpolitik	»Idee der Selbstbehauptung (ist dem Staat das Höchste« (Treitschke 1897: 100)	Verlässliche Befriedung der internationalen Beziehungen
»Weltbild«	Staatsystem ist historisch gewachsen, seine veränderungsresistenten Reproduktionsmechanismen (Vormachtstreben der Staaten, Krieg etc.) machen es unwahrscheinlich, dass es grundlegend transformiert werden kann	Konzentration der Zerstörungspotenziale unter (national-)staatlicher Verfügungsgewalt ist eine historische Entwicklungsphase, die analog zur Transformation des Naturzustandes durch einen (Welt-) Gesellschaftsvertrag überwunden werden kann
Ausdrucksformen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Streben nach Autonomie und Autarkie (d.h. Maximierung politischer und ökonomischer Unabhängigkeit) bei gleichzeitiger Maximierung (national-)staatlichen Einflusses auf andere Staaten bzw. internationale Prozesse ▪ Akkumulierung von Machtressourcen (z.B. Streitkräfte etc.) und Gegenmachtbildung gegenüber potenziellen Hegemonen ▪ Akzentuierung der Differenz zwischen national(staatlich)en und internationalen/globalen Interessen zugunsten ersterer ▪ Bilateralisierung zwischenstaatlicher Beziehungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bereitschaft zur Förderung wechselseitiger politischer und ökonomischer Abhängigkeit, insbesondere durch den Transfer von Souveränität auf überstaatliche Institutionen ▪ Einsatz für sanktionsbewehrte Verrechtlichung der internationalen Beziehungen ▪ Orientierung an universell gültigen Werten, die einem System von (National-)Staaten eine rechtlich verfasste Weltgesellschaft gegenüberstellt ▪ Multilateralisierung der internationalen Politik

Quelle: Eigene Darstellung

4 Da das Verhalten der Regierung Merkel während der griechischen Finanzkrise im Frühjahr 2010 besser in Erinnerung ist und mit am eindeutigsten unter diesen Typus fällt, werde ich an dieser Stelle auf eine eingehendere Würdigung verzichten. Vgl. hierzu die allerdings auf zahlreichen Hintergrundgesprächen mit Insidern der Brüssler Entscheidungsprozessen beruhenden Arbeiten von Peter Ludlow (2010) sowie Wolfgang Proissl (2010), die beide eindrücklich das machtbewusste Auftreten Angelas Merkels auch in den nicht-öffentlichen Sitzungen des Europäischen Rates dokumentieren.

Die Irak-Krise im Vorfeld des US-amerikanischen Angriffes ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Bundesregierung dem Verbündeten USA nicht nur die Gefolgschaft verweigerte, sondern an entscheidender Stelle sogar den kollektiven Widerstand mehrerer Staaten gegen den US-Kurs organisierte. Kurz zusammengefasst ging es um die Frage, wie sich Deutschland zu der Möglichkeit verhalten sollte, dass die USA den seit langem anhaltenden Konflikt mit Saddam Hussein entweder im Rahmen der Vereinten Nationen auf dem Verhandlungswege bearbeiten oder gemeinsam mit »willigen« Verbündeten militärisch eskalieren könnten. Diese Frage lag bereits seit dem Amtsantritt George W. Bushs im Bereich des Möglichen, spitzte sich nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 allerdings merklich zu und nahm ab Sommer 2002 die Form konkreter Kriegsvorbereitungen an (vgl. Buras/Longhurst 2004; Dalgaard-Nielsen 2003; Harnisch 2004; Szabo 2004; Forsberg 2005). Die Bundesregierung hatte sich zu solchen Szenarien bereits frühzeitig ablehnend positioniert, eine harte Position ohne vorherige diplomatische Sondierungen mit der Bush-Administration allerdings erst im Sommer 2002 mit Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes bezogen – und damit wohl auch die Wahl entgegen allen Erwartungen im letzten Moment für sich entschieden.⁵ Diese Position wurde Anfang 2003 sogar noch verschärft, als Rot-Grün nach knapper Bestätigung in den Wahlen nicht nur eine zentrale Rolle bei der Formierung einer Ablehnungsfront gegen den Kriegskurs Bushs spielte (Szabo 2004, 35-44), sondern eine Unterstützung militärischer Maßnahmen selbst für den Fall ausschloss, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diese autorisieren würde. Ziel war also nicht eine Stärkung der Vereinten Nationen, sondern die Optimierung der Gegenmachtbildung gegenüber den USA. Selbst jene Beobachter, die (wie etwa Hanns W. Maull) die Kontinuität einer zivilisierungspolitischen Grundausrichtung deutscher Außenpolitik zu Beginn der rot-grünen Koalition konstatierten, sahen in diesem Vorgehen einen »unilateralistischen Sündenfall« sowie eine »eindeutige Abkehr vom Zivilmächtskonzept« (Maull 2004, 20f.).

Im zweiten Fall – dem forcierten Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat – ist es noch offensichtlicher, dass sich die Bundesregierung allein wegen der Aussicht einer machtpolitischen Statusaufwertung Deutschlands von der alten Linie verabschiedete, dass Deutschland grundsätzlich keinen nationalen, sondern einen gemeinsamen Sitz für die Europäische Union favorisierte (vgl. Andreae 2002). Aus Berliner Perspektive schien sich im Frühjahr 2004 im Anschluss an den Irak-Krieg sowie im Vorgriff auf eine seit längerem geplante grundlegendere UN-Reform ein »Zeitfenster« zu öffnen, um dieses Ziel zu erreichen. Mit zumindest stillschweigender Duldung ihrer jeweiligen Vorgesetzten starteten Mitarbeiter der Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes im Mai 2004 eine Kampagne, an

5 Untersuchungen von Wahlforschern kommen nach Abwägung verschiedenster Faktoren zu dem Schluss, dass stärker noch als die Elbe-Flut vor allem die Opposition gegen eine mögliche Intervention der USA im Irak zu einem Stimmungsumschwung zugunsten von Rot-Grün führte. Vgl. Quandt 2005; Rosar/Ohr 2005.

deren Ende man in den Vereinten Nationen »finster entschlossen« und notfalls auch in einer Kampf abstimmung einen nationalen ständigen Sitz durchsetzen wollte (Lohse 2004, 1). Diese Kampagne war vom Apparat des Auswärtigen Amtes seit langem vorbereitet und von dem erfahrenen deutschen UN-Botschafter Gunter Pleuger geschickt inszeniert worden. Gemeinsam mit anderen vermeintlich aussichtsreichen Kandidaten sollte in einer ausgeklügelten Strategie in der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Boden bereitet werden, so dass es dem zwischenzeitlich wichtigsten Gegner der deutschen Pläne, der Bush-Administration, letztlich unmöglich werden würde, die Berliner Pläne zu stoppen (vgl. Hellmann/Roos 2007). Dass im Zuge dieses Vorgehens nicht nur die ansonsten übliche Favorisierung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik in ihr Gegenteil verkehrt wurde, sondern auch ein harter Konflikt mit dem Verbündeten Italien in Kauf genommen wurde, unterstreicht die Bedeutung, die die Bundesregierung diesem Prestigeprojekt beimaß. Trotz offener Kritik innerhalb der CDU am Prestigeprojekt der rot-grünen Regierung haben auch die von Angela Merkel angeführten nachfolgenden Regierungen den von der Regierung Schröder-Fischer fixierten übergreifenden Kurs im Wesentlichen beibehalten. Gewisse Abstriche wurden lediglich im Hinblick auf die offensive Vorgehensweise sowie die inhaltlichen Forderungen für die Ausgestaltung eines ständigen deutschen Sitzes vorgenommen (vgl. Ronzitti 2010).

Das dritte Beispiel, das deutsch-russische Erdgaspipelinegeschäft, ist hinsichtlich seiner machtpolitischen Implikationen etwas ambivalenter zu beurteilen, fügt sich am Ende aber doch in das Gesamtbild der Renaissance machtpolitischen Selbstbehauptung ein. Im Kern geht es um den Bau einer Erdgaspipeline durch die deutschen Konzerne E.ON/Ruhr gas und BASF sowie den russischen Energiekonzern Gasprom über die Ostsee von Wyborg an der russisch-finnischen Grenze nach Greifswald (vgl. Götz 2006). Die Pläne für dieses Projekt gehen bis in die 1990er Jahre zurück und beziehen eine Reihe westeuropäischer Staaten und Firmen mit ein, die sich neben E.ON/Ruhr gas und BASF für den Bau der Pipeline interessierten (vgl. Götz 2005). Nüchtern betrachtet, läuft das Geschäft auf eine Diversifizierung der Energielieferungen aus Russland für Deutschland und die westeuropäischen EU-Staaten hinaus. Aus diesem Grund hatte sich im Dezember 2000 auch die Europäische Union für dieses Projekt ausgesprochen. Diversifizierung bedeutet umgekehrt aber auch, dass neue EU-Mitglieder wie Polen und die baltischen Republiken (aber auch Staaten wie Belarus und die Ukraine) als potenzielle Transitländer an Bedeutung verlieren. Die neue Pipeline ändert somit nichts am Ausmaß der deutschen und westeuropäischen Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland, wohl aber vermindert sie sowohl die Abhängigkeit Russlands als auch Deutschlands von Transitrouten durch Polen/Belarus bzw. Ukraine. Die Bedeutung dieser Veränderung stellt sich dabei jeweils unterschiedlich dar, je nachdem aus welcher Perspektive man dies betrachtet. Für Bundeskanzler Schröder war entscheidend, dass Deutschland sich mit diesem Vertragsabschluss »einen Großteil seiner Energieversorgung auf Jahrzehnte« sichern konnte. Die Pipeline sei »gegen niemanden gerichtet«, sondern diene allein »deutschen Interessen und russischen Interessen. Ich wüsste nicht, was

daran falsch sein sollte« (Schröder zit. n. Agence France Press 2005). Wenn man das Ganze unter rein geopolitischen Gesichtspunkten betrachtet, kann man allerdings auch zu dem Schluss kommen, dass die Pipeline ebenso als Instrument betrachtet werden konnte, vermeintlichen politischen »Erpressungsversuchen« Polens vorzubeugen (wie es in Presseberichten hieß; vgl. Ehlers 2005). Umgekehrt lieferte die Pipeline (gewollt oder ungewollt) Munition für die Argumente derjenigen in Polen und den baltischen Staaten, die eine russisch-deutsche Kooperation über ihre Köpfe hinweg und potenziell zu ihren Lasten fürchten (vgl. Lang 2005a, 2005b).

In allen drei Beispielen sind Praktiken beobachtbar, die klar dem Typus Machtpolitik zuzuordnen sind: Fast immer handelte es sich um eine eng an »nationalen Interessen« orientierte Politik, die von Prestigedenken und machstrategischen Kalkülen angetrieben war und selbst in jenen Fällen, in denen eine Koordination mit engen Verbündeten gleichsam instinktiv über vorhandene institutionelle Mechanismen nahe lag, einen unilateralen, den eigenen Vorteil maximierenden Kurs beschritt. Allerdings stellten sich die Handlungsspielräume der Bundesregierung unterschiedlich dar. Im Irak-Fall waren die Hürden für eine Abkehr vom Widerstandskurs gegen die Bush-Administration deshalb hoch, weil Bundeskanzler Schröder selbst die Messlatte im Wahlkampf sehr hoch gelegt hatte und zudem George Bush seinerseits keine Anstrengungen unternahm, ihm eine Kursänderung zu erleichtern. Trotzdem gab es vor den neuen außenpolitischen Weichenstellungen nach den gewonnenen Bundestagswahlen mehrere Möglichkeiten für Schröder, zu einem zurückhaltenderen zivilisierungspolitischen Kurs zurückzukehren – beispielsweise dadurch, dass die Bundesregierung nicht den ohnehin aussichtslosen Widerstand gegen die Politik Bushs, sondern die Unterstützung eines gemeinsamen Vorgehens in den Vereinten Nationen in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt hätte. Im Falle des Erdgaspipeline-Geschäfts ist zu berücksichtigen, dass neben der Bundesregierung wichtige private Akteure involviert waren, die das Geschäft u.a. mit dem Argument vorantrieben, dass andere einspringen würden, wenn die Deutschen sich nicht beteiligten. Doch auch hier hätte es Möglichkeiten gegeben, die Polen und Balten früher zu beteiligen, wenn dies in Berlin nur politisch gewollt gewesen wäre. Im Blick auf die Handlungsspielräume der Bundesregierung ist der Fall des ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat am eindeutigsten, denn hier ließ sich weder auf externe noch interne Zwänge verweisen, die diesen Kurs unausweichlich machten. Ganz im Gegenteil lagen Alternativen auf der Hand, die die Traditionslinie »Bonner Außenpolitik« fortgeführt hätten und klar dem Typus Zivilisierungspolitik zuzuordnen gewesen wären.

Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll nicht behauptet werden, dass die Tendenz einer forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung nach 2001 alle Bereiche außenpolitischen Handelns erfasst habe, die im Sinne dieser Typologie sortiert werden könnten. Zweifelsohne gibt es auch Bereiche, in denen das außenpolitische Handeln entweder eher oder sogar eindeutig dem Typus der Zivilisierungspolitik gleicht. Gerade während der Regierung von SPD und Grünen gab es auch in diesem Bereich einige Initiativen. Hierzu zählt insbesondere der umfangreiche Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« vom Mai

2004, in dem strategische Konzepte und konkrete Maßnahmen benannt wurden, die die Bundesregierung zwischenzeitlich entweder umgesetzt hat oder noch umsetzen will, um der wechselseitigen Bedingtheit von Frieden und Stabilität einerseits und Entwicklung und Wohlstand andererseits Rechnung zu tragen (vgl. Auswärtiges Amt 2006; Bunderegierung 2004). Diese politischen Akzente prägen das Gesamtbild deutscher Außenpolitik nach 2001 allerdings weit weniger stark, zumal sie als neuere politische Programmatik noch nicht einem längeren Implementierungstest unterzogen werden können. Hinzu kommt, dass sich ohne große Probleme auch jenseits der jüngsten griechischen Finanzkrise noch weitere Beispiele in ähnlich prominenten Feldern deutscher Außen- und Europapolitik benennen ließen, in denen sich das Muster einer forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung ebenfalls beobachten lässt (vgl. Hellmann 2006a).

Bevor in einem abschließenden Schritt ein Versuch unternommen werden soll, in einer zugespitzten Neubeschreibung gewisse Ausprägungen dieser bislang lediglich analytisch umschriebenen machtpolitischen Resozialisierung auf den Punkt zu bringen, drängt sich an dieser Stelle natürlich die Frage auf, wie ist diese Entwicklung zu erklären ist. Zur Lokalisierung von Kausalität verweist das gängige disziplinäre Instrumentarium üblicherweise auf mehrere Ebenen: das internationale System, die Ebene des Staates (die ihrerseits in unterschiedliche Teilebenen wie beispielsweise die Regierung, den bürokratischen Apparat oder den gesellschaftlichen Diskurs verweisen) und die Ebene des Individuums. Auf allen diesen Ebenen lassen sich Faktoren identifizieren, die zur Erklärung herangezogen werden können (und sollten). An dieser Stelle können sie allerdings nur skizziert werden. Eine systematische Prüfung (z.B. durch detaillierte Belege sowie die Diskussion möglicher konkurrierender Erklärungen) kann nicht vorgenommen werden.

Das hier zugrunde gelegte Erklärungsmodell basiert auf einem interaktionistischen Verständnis internationaler Politik, d.h. der Annahme, dass sich sowohl Makrophänomene der internationalen Politik (z.B. die Herausbildung des westfälischen Staatensystems) als auch Mikrophänomene der Außenpolitik (eine punktuelle außenpolitische Entscheidung eines Individuums) stets aus einem Wechselspiel zwischen strukturellen und akteursbezogenen Faktoren ergeben.⁶ Zu den strukturellen Faktoren wären in diesem Fall sowohl längerfristige Veränderungen im internationalen als auch innerstaatlichen Umfeld zu rechnen, zu den akteursbezogenen Faktoren solche, die sich auf identitäre Veränderungen des kollektiven Akteurs Deutschland sowie individuelle Charakteristika herausragender Entscheidungsträger beziehen. Hinsichtlich ihrer zeitlichen Nähe zum Explanandum (forcierte machtpolitische Selbstbehauptung nach 2001) reichen einige Faktoren bis 1989/90 zurück.

Im internationalen Umfeld lassen sich mehrere Veränderungen (wenn auch über längere Kausalketten) mit der forcierten machtpolitischen Selbstbehauptung nach 2001 in Verbindung bringen. Im Endeffekt handelt es sich hierbei zumeist um

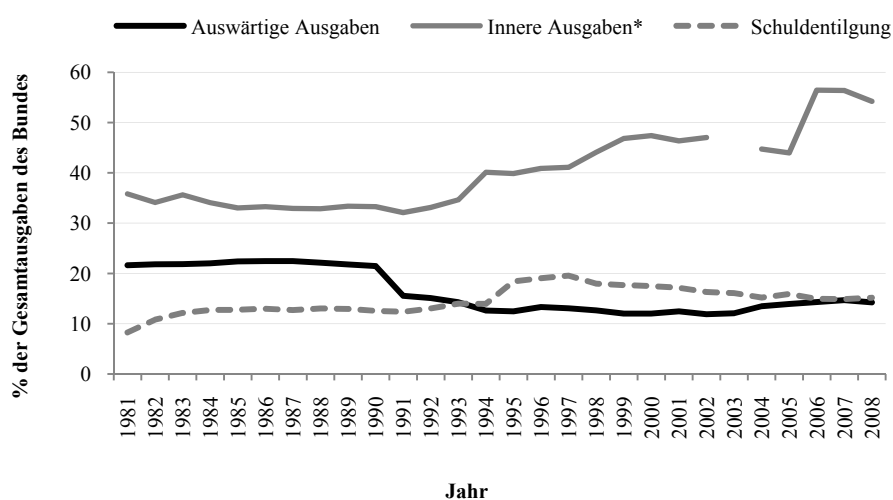
6 Zur theoretischen Begründung eines solchen »pragmatistischen« Zugriffs vgl. Hellmann 2010, zur empirischen Umsetzung vgl. Hellmann 2006a.

machtpolitische Verschiebungen im engeren und weiteren geographischen Umfeld Deutschlands, die einerseits alte Zwänge verschwinden ließen, die den Handlungsspielraum früherer (west)deutscher Außenpolitik einschränkten und die andererseits neue Anreize schufen, im Sinne eigener, im Lichte der neuen Lage veränderter Interessen auf die Neugestaltung des Umfeldes Einfluss zu nehmen. Da diese Rahmenbedingungen andernorts vielfach diskutiert wurden, werde ich mich hier auf Stichworte beschränken: Rückzug der Sowjetunion aus dem Zentrum Mitteleuropas; Zerfall des Warschauer Paktes bei gleichzeitigem Fortbestand der NATO unter veränderten Vorzeichen; Erweiterung von EU und NATO auf die unmittelbaren östlichen Nachbarn Deutschlands bei gleichzeitiger kollektiver Verabschiedung von einer auf einen Bundestaat Europa abzielenden Finalität; Rückzug der USA bzw. Verlagerung des Schwerpunktes US-amerikanischer Außenpolitik in außereuropäische Regionen; neue Probleme in der europäischen Nachbarschaft, bei deren Bewältigung die USA nicht mehr in derselben überragenden Rolle teilnahmen wie während des Ost-West-Konflikts (z.B. Kriege auf dem Balkan); gesteigerte Führungserwartungen europäischer Nachbarstaaten an das vereinigte Deutschland.

Zusammengefasst bedeutete dies, dass Deutschland nicht nur größer und von seinen früheren Verbündeten weit weniger abhängig, sondern auch erheblich sicherer – d.h. in traditionellen Kategorien gemessen mächtiger – geworden zu sein schien. Nach klassischem realistischem Verständnis schuf daher bereits jeder einzelne der genannten Faktoren gewisse Anreize, die machtpolitische Praktiken im Sinne des oben genannten Idealtypus wahrscheinlicher machten. Dass sie vor 1998 weniger stark zum Ausdruck kamen, würden Realisten u.a. mit den Beharrungskräften etablierter Routinen erklären, die nicht zuletzt durch Personen verkörpert wurden, die außenpolitisch weitgehend in der alten Bundesrepublik sozialisiert worden waren und in den herausragenden Charakteristika der »Bonner Republik« wichtige Voraussetzungen sowohl vergangener als auch zukünftiger außenpolitischer Erfolge sahen. Zu diesen einflussreichen Individuen zählte insbesondere Helmut Kohl, der vor allem nach Hans-Dietrich Genschers Rücktritt im Mai 1992 nicht nur als außenpolitisch führungsstarker Kanzler, sondern auch als Verkörperung der wichtigsten »Bonner« Tugenden galt. Aus einem strukturellen Blickwinkel ist zum zweiten bedeutsam, dass mit der Vereinigung ein Prozess begann, der Deutschland ökonomisch schwächte. Innenpolitisch wirkte sich dies unter anderem in einer zunehmend prekären budgetären Situation aus, die seit 1990 zu einer signifikanten Umverteilung zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Ausgaben zulasten letzterer geführt hat (vgl. Abb. 1). Zusammen mit der zunehmend verbreiteten Auffassung, dass für sogenannte »Scheckbuchdiplomatie« kein Geld mehr da sei, gleichzeitig aber auch das Image als »drittgrößter Beitragszahler und zweitgrößter Truppensteller« in den Vereinten Nationen im Kontext der Bewerbung um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat keinen Schaden nehmen durfte, lief diese veränderte Rahmenbedingung darauf hinaus, Einsparungen dort zu mobilisieren, wo dies ohne Rückwirkungen auf übergeordnete Ziele möglich war. Zum einen führte dies nach 1990 zu beträchtlichen Einschnitten im Verteidigungshaushalt, dessen Anteil am Bundeshaushalt sich von 21,5% in 1990 auf knapp über 12% bis 2003 fast halbierte – eine

Tendenz, die erst nach Mitte des ersten Jahrzehnts leicht umgekehrt wurde. Interessanterweise verringerte sich damit der Anteil der Ausgaben des Bundes für auswärtige Angelegenheiten insgesamt (d.h. Auswärtiges Amt, Verteidigung sowie Entwicklungszusammenarbeit zusammen) just zu dem Zeitpunkt dramatisch, als der globale Gestaltungsanspruch deutscher Außenpolitik deutlicher artikuliert wurde. Zum anderen verstärkte sich der Ruf nach einer Umverteilung in der EU, die »die materiellen Ressourcen eines Nettozahlers wie Deutschland nicht über Gebühr beansprucht« (Schröder 2002a).

Abbildung 1: Ausgaben für auswärtige Politik sowie ausgewählte Felder der Innenpolitik im Vergleich, 1981-2008



* Die Linie »Auswärtige Ausgaben« bündelt die Einzelpläne der Bundesministerien für »Verteidigung«, »Entwicklung und Zusammenarbeit« und »Auswärtiges«. Die Linie »Innerstaatliche Ausgaben« bündelt die Einzelpläne der Ministerien »Arbeit und Soziales«, »Inneres« und »Verkehr«. Für 2003 wurden keine Angaben gemacht, da die Ausgaben des Ressorts Arbeit und Soziales nicht verfügbar waren. In 2004 und 2005 kam es auf Grund veränderter Ressortzuschnitte zu einer anderen Zusammensetzung der »Innerstaatlichen Ausgaben«. Am übergreifenden Trend ändert dies jedoch nichts.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes⁷

7 Die Daten entstammen dem jeweiligen Bundeshalt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Für die Zusammenstellung dieser Daten danke ich Frank Sauer und Christine Andrä. Die detaillierten Berechnungen sind verfügbar unter Frank Sauer, Christine Andrä, Daten zu den Ausgaben des Bundes für die Außenpolitik Deutschlands im Zeitraum 1981-2008. Online unter: http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/Tüb_2010_www.pdf.

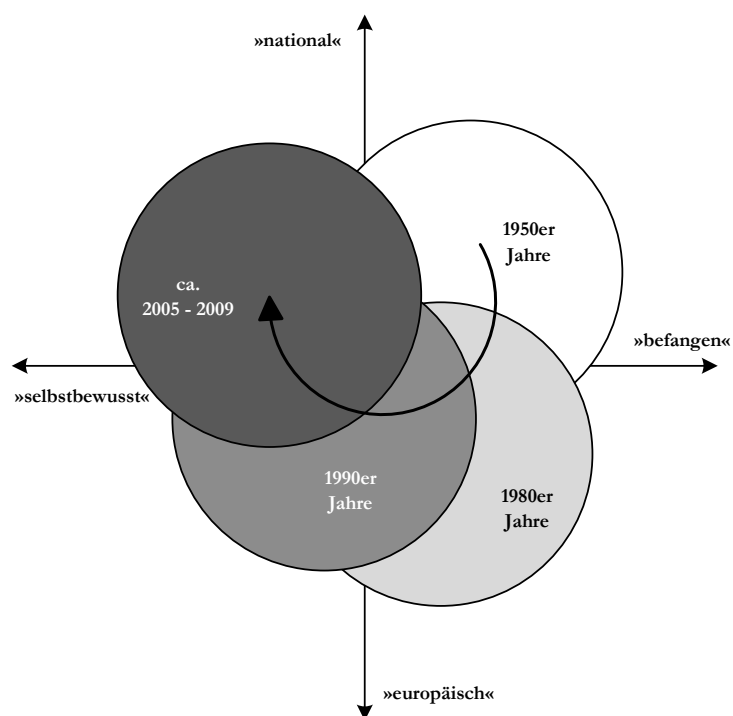
Auch diese Entwicklungen ließen die Anreize steigen, nach innen wie nach außen gerichtete Ressourcenmobilisierungsstrategien zu wählen (also z.B. die Reduzierung von Beitragszahlungen zu internationalen Organisationen oder die Rückführung von Truppendislozierungen im Rahmen internationaler Interventionen), die in der realistischen Tradition als eine Form machtpolitischer Selbstbehauptung verstanden werden (vgl. Mastanduno u.a. 1989). Die Effekte dieser strukturellen Veränderungen im internationalen wie auch im innerstaatlichen Umfeld waren widersprüchlich; einerseits erschien Deutschland mächtiger als jemals zuvor: vereint (und damit beträchtlich vergrößert) im Zentrum eines neuen Europa, befreit von alten Abhängigkeiten, versöhnt mit seinen Nachbarn und keiner direkten externen Bedrohung mehr ausgesetzt. Damit einhergehend war das politische Gewicht in den wichtigsten europäischen Institutionen sichtbar gewachsen. Mit der weiteren politischen Stabilisierung einer europäischen Friedenszone, in deren Zentrum ein ökonomisch geschwächtes Deutschland lag, wurde Mitteleuropa aber andererseits aus dem Zentrum der Weltpolitik in eine Randlage abgedrängt – und damit unwichtiger.

Entscheidend war vor dem Hintergrund dieser strukturellen Rahmenbedingungen daher, welchen Kurs die politisch Handelnden einschlugen. In der Kategorie der Akteure lassen sich hierbei grob drei Gruppen unterscheiden: (a) die deutsche Gesellschaft als kollektiver Akteur, deren außenpolitischen Ziele und Präferenzen sich u.a. im außenpolitischen Diskurs manifestieren (wie er sich etwa in Meinungsumfragen, in den Medien oder im Parlament abbildet); (b) die politischen Entscheidungsträger im engeren Sinne, d.h. jene, die die politische Verantwortung für die Außenpolitik tragen (im Wesentlichen also der Bundeskanzler aufgrund seiner Richtlinienkompetenz sowie die primär zuständigen Minister); und (c) die professionellen Außenpolitiker im weiteren Sinne, also die Diplomaten und Soldaten, die das außen- und sicherheitspolitische Alltagsgeschäft besorgen. Über die dritte Gruppe ist nicht zuletzt deshalb wenig bekannt, weil sich der politikwissenschaftliche Zugang zu ihrer Tätigkeit in forschungspraktischer Hinsicht schwierig darstellt und bislang wohl auch aus anderen forschungsstrategischen Gründen wenig attraktiv zu sein scheint. Insofern ist es schwer darüber zu urteilen, inwieweit die forcierte machtpolitische Selbstbehauptung der letzten Jahre ursächlich auf das Handeln dieser Gruppe zurückgeführt werden kann. Allerdings finden sich aufgrund einer auf zahlreichen detaillierten Interviews mit Diplomaten beruhenden Dissertation über das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat etliche Anhaltspunkte dafür, dass vor allem in diesem Fall der bürokratische Apparat mit langem Atem und systematischer Bearbeitung der politischen Führung darauf hingearbeitet hat, dieses Vorhaben zu einem vorrangigen Ziel deutscher Außenpolitik zu machen (vgl. Andreae 2002).

Mindestens genauso wichtig erscheint zweitens, was sich als breitere Verschiebungen im außenpolitischen Diskurs seit der Vereinigung beschreiben lässt. Wenn man hierzu gängige empirische Daten heranzieht (z.B. Meinungsumfragen, Medienanalysen oder die Rekonstruktion der sprachlichen Repräsentation von Außenpolitik wie sie sich etwa in Parlamentsdebatten widerspiegelt) wird deutlich, wie sehr sich hier die Gewichte in den letzten fünfzehn Jahren verschoben haben. Man kann bei-

spielsweise wichtige Dimensionen solcher Verschiebungen in einem Koordinatenkreuz nachzeichnen, das auf zwei prägenden »diskursiven Achsen« deutscher Außenpolitik beruht. Eine Achse symbolisiert die übergreifenden außenpolitischen Ziele mit den Polen einer stark »europäischen« bzw. »nationalen« Orientierung. Eine zweite, diese kreuzende Achse versucht abzubilden, was üblicherweise »außenpolitischer Stil« genannt wird, d.h. jene Formen, Instrumente und Methoden, deren sich außenpolitische Eliten bedienen. Mit Blick auf die Spezifik deutscher Außenpolitik ist es naheliegend die zwei Pole im Sinne eines deutlich »selbstbewussten« bzw. energischen Auftretens einerseits und eines stark »zurückhaltenden« Auftretens andererseits zu markieren (vgl. Abb. 2). Verortet man in diesem Koordinatensystem grob die Zentren und Grenzen des außenpolitischen Diskurses in den letzten Jahrzehnten, wird man die 1950er Jahre wohl zu großen Teilen rechts oben, die 1970er eher rechts unten, die 1980er Jahre etwas verschoben nach links oben und das Zentrum des heutigen Diskurses leicht oberhalb der Mitte der Querachse links ansiedeln.

Abbildung 2: Diskursverschiebung



Quelle: Eigene Darstellung

Mit anderen Worten: aus den »national-zurückhaltenden« Anfängen der Bonner Republik hat sich der Diskurs zunächst langsam, aber dann immer schneller über eine zunehmend »europäisch-selbstbewusste« in Richtung einer stärker »national-selbstbewussten« Orientierung verschoben. Auch in Meinungsumfragen äußert sich dies in den letzten Jahren nicht nur bei allgemeinen Fragen zum Selbstbild der Deutschen, sondern auch bei spezifischen Fragen der Außenpolitik (vgl. Hellmann 2006b; Institut für Demoskopie Allensbach 2010, 33, 42-43, 90-93, 287-291). Aber auch systematische Untersuchungen zu Veränderungen des außenpolitischen Diskurses stützen die These, dass sich nicht nur das Weltbild der Deutschen, sondern auch ihre Vorstellungen davon verändert haben, welche Rolle Deutschland in dieser Welt spielen soll (vgl. Weber u.a. 2005). Diese Verschiebungen nähren den Boden, auf dem eine Politik der machtpolitischen Selbstbehauptung gedeihen kann.

Von beträchtlicher Bedeutung für die konkrete Ausprägung der deutschen Außenpolitik erscheint spätestens seit dem Regierungswechsel von Kohl zu Schröder jedoch gerade die Ebene der politisch Verantwortlichen. Gerade im Kontrast dieser beiden Kanzler tritt die Prägekraft des Individuums an der Spitze deutlich hervor. In allen drei skizzierten Beispielen gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Bundeskanzler Schröder den jeweiligen Kurs entweder selbst vorgeschlagen bzw. forciert oder entsprechende Vorschläge aus seinem Umfeld bereitwillig aufgegriffen hat – und dies durchaus im Bewusstsein seiner bereits früher geäußerten Selbsteinschätzung, dass dadurch »mit den Traditionen der alten Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik gebrochen« würde (Schröder 2002b). Das kontrafaktische Gedankenexperiment, was gewesen wäre, wenn im Herbst 2002 Edmund Stoiber zum Bundeskanzler gewählt worden wäre, legt mit einiger Plausibilität nahe, dass der scharfe Ablehnungskurs gegenüber dem Vorgehen der Bush-Administration im Irak aufgegeben, aber nicht unbedingt in sein Gegenteil verkehrt worden wäre. Wahrscheinlich hätte am Ende eine Politik gestanden, die eine aktive Beteiligung (in Form der Entsendung von deutschen Soldaten) abgelehnt, statt dessen aber umso mehr um Signale der Kooperationsbereitschaft bemüht gewesen wäre. Einen so tiefgehenden Bruch in den Beziehungen mit den USA, wie er der Regierung Schröder von der überwiegenden Mehrheit der Beobachter attestiert wird, hätte es unter diesen Bedingungen wohl nicht gegeben.

3. Fordernder Multilateralismus: Der Kern neuer deutscher Außenpolitik

Eine machtpolitische Resozialisierung deutscher Außenpolitik zu konstatieren heißt, eine Entwicklungsrichtung zu skizzieren, die gängige Analysekatoren der Internationalen Beziehungen aufgreift und auf die Spezifik der deutschen Situation anwendet. Es heißt noch nicht, den inhaltlichen Kern bzw. das substanziiell Neue dieser Außenpolitik auf den Begriff zu bringen wie dies etwa Waldemar Besson Ende der 1960er Jahre tat, als er vorschlug den Kern der damaligen westdeutschen Außenpolitik in einem »Wiedergewinnen einer mitteleuropäischen Perspektive bei gleichzeitig fortgeführter Westbindung« zu sehen (Besson 1970, 109).

An vergleichbaren Beschreibungen des Neuen in der Außenpolitik des vereinten Deutschland fehlt es noch immer. Allerdings sind mittlerweile die Konturen klarer erkennbar, an denen eine solche Beschreibung ansetzen müsste. Im Zentrum steht das Verhältnis Deutschlands zur Europäischen Union. Sowohl Befürworter als auch Kritiker des europäischen Integrationsprojektes sind sich darin einig, dass die Verschränkung zwischen beiden heute um einiges stärker ist als noch vor 10 oder 20 Jahren. Während allerdings die Befürworter dies sowohl als Ausdruck eines deutschen Lernprozesses als auch als Ergebnis struktureller Zwänge auf europäischer wie globaler Ebene begreifen (»Europäisierung«), sehen die Kritiker »das Prinzip der Selbstbestimmung im eigenen Staat« mehr und mehr zugunsten einer illusionären Orientierung an einer »teils erst virtuellen, teils schon im Brüsseler EU-System konkretisierten Staatsräson Europas« aufgelöst (Schwarz 2005, 46f.).

An beiden Beobachtungen ist zunächst richtig, dass auch das größere und in mancherlei Hinsicht mächtigere Deutschland seine außenpolitische Gestaltungskraft in wesentlichen Teilen erst durch den Kooperationszusammenhang der Europäischen Union gewinnt. Dies galt allerdings auch schon für die alte Bundesrepublik. Was sich jedoch geändert hat, ist die Art und Weise, in der deutscher Multilateralismus heute im europäischen Rahmen praktiziert wird. Für die alte Bundesrepublik hatte Timothy Garton Ash Anfang der 1990er Jahre den Begriff des »Abnutzungsmultilateralismus« geprägt. Bis zur Vereinigung habe sich deutsche Außenpolitik vor allem durch die »geduldige und diskrete Verfolgung nationaler Ziele in multilateralen Kontexten ausgezeichnet« (Garton Ash 1994, 71). Elemente dieser Vorgehensweise sind auch heute noch beobachtbar. Ein Beispiel dafür war die zugleich um Führungsstärke wie Ausgleich bemühte deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union im Jahr 2007. Viel deutlicher als früher stehen jedoch die neuen Akzente des deutschen Multilateralismus hervor. An die Stelle einer eher defensiv ausgerichteten, vorsichtigen Abnutzungsstrategie ist ein offensiver, fordernder Multilateralismus getreten, der unmissverständlich zumindest mit dem Anspruch einer deutschen Mit-Führungsrolle, in besonders kritischen Situationen (Beispiel griechische Finanzkrise) sogar offen mit einem Vetoanspruch verknüpft wird (vgl. Baumann 2006). Wo zu Bonner Zeiten die Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht sowohl als Voraussetzung für die Re-Integration in die Staatengemeinschaft als auch als Vehikel zur Erlangung von Mitsprache nicht nur passiv hingenommen, sondern aktiv angestrebt wurde, fordert Berlin von seinen EU-Partnern heute (gleichsam als Preis für den Verzicht auf die volle Ausschöpfung des Souveränitätsgewinns durch die Vereinigung) ebenso eine (Mit-)Führungsrolle als auch die damit einhergehende Gefolgsbereitschaft.

Gewiss, die konkreten Ausdrucksformen des neuen fordernden Multilateralismus unterscheiden sich. Wenn etwa eine deutsche Bundesregierung (wie während der Irak-Krise) zusammen mit Frankreich eine anti-amerikanische Front anführt und damit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Spaltung der Europäischen Union leistet oder wenn ein deutscher Bundeskanzler über die Köpfe der polnischen und baltischen Nachbarn hinweg einen Pipeline-Deal mit der russischen Führung vereinbart, dann ist dies etwas anderes, als wenn die deutsche Bundeskanzlerin französi-

sche Pläne für eine Mittelmeerunion durch die Mobilisierung anderer EU Partner unterläuft (vgl. Dohmen/Braun 2008), in den EU-Beratungen harsche Sanktionsdrohungen nach dem russischen Einmarsch in Georgien zugunsten einer diplomatischen »Zuckerbrot-und-Peitsche«-Strategie abfedert (vgl. Bannas 2008) oder mit demonstrativer Gelassenheit auf die machtpolitische Inszenierung des französischen Präsidenten reagiert, dass die Ergebnisse des EU-Krisengipfels zur griechischen Finanzkrise »zu 95 Prozent« auf französische Vorschläge zurückgegangen seien (vgl. Busse 2010; Ludlow 2010). Viel deutlicher als die Unterschiede sticht jedoch bei allen diesen Beispielen die Gemeinsamkeit beider Bundeskanzler hervor, einen aus nationalen Interessen abgeleiteten inhaltlichen Gestaltungs- und politischen Führungsanspruch für die Europäische Union als Ganzes zu formulieren – und nicht selten auch durchzusetzen.

Dieser Gestaltungs- und Führungsanspruch hat zudem eine immer klarere strategische Komponente, in deren Mittelpunkt eine Strategie EUropäischer⁸ Selbstbehauptung im west-östlichen wie auch im globalen Kontext steht. Zwar sind auf der konzeptionellen Ebene unterschiedliche Akzentsetzungen noch immer bemerkbar. Dies zeigt sich z.B. darin, dass unter den Sozialdemokraten längere Zeit einer Äquidistanz im Blick auf Russland und die USA ganz offen das Wort geredet wurde,⁹ während Bundeskanzlerin Merkel umgekehrt eine klare Prioritätensetzung zugunsten einer westlichen Wertegemeinschaft zwischen der EU und den USA bevorzugte. Sobald allerdings konkrete Entscheidungssituationen anstanden, hat die Priorität EUropäischer Selbstbehauptung mögliche konzeptionelle Unterschiede bislang stets in den Hintergrund gedrängt. Das zeigte sich sowohl in den Atom-Verhandlungen mit Iran, in der Positionierung der EU in der Kaukasus-Krise als auch in der dezidierten Ablehnung einer verbindlichen NATO-Mitgliedschaftsperspektive für Georgien und die Ukraine.

In einer größeren historischen Perspektive sind zudem gewisse Parallelen deutlich erkennbar zwischen dem bundesrepublikanischen, auf eine systematische Verzah-

8 Die Schreibweise EUropäisch soll unterstreichen, dass es sich hierbei um Merkmale des Akteurs EU handelt, der enger zu fassen ist, als die Gruppe europäischer Staaten im geografischen Sinne.

9 Dass Bundeskanzler Gerhard Schröder eine deutlich pro-russische Ausrichtung pflegte, war seit langem offensichtlich. Nach seinem Rücktritt kam dies besonders deutlich in einem Interview zum Ausdruck, als Gerhard Schröder sagte, »dass nur eine strategische Bindung zwischen dem Europa der Union und Russland uns befähigt, ökonomisch, politisch, kulturell standzuhalten gegenüber konkurrierenden Mächten wie Amerika [sic!] und gegenüber aufstrebenden Mächten wie Indien und China« (»Der deutsche Zeigefinger sollte nicht so groß sein«, Interview mit Gerhard Schröder; In: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2006). Ähnliches ließ sich lange Zeit über Außenminister Frank Walter Steinmeier sagen, der bis 2007 unter dem Motto »Annäherung durch Verflechtung« mit einer strategischen Neuausrichtung der EU-Russland-Politik liebäugelte, die beide »irreversibel« miteinander verbinden sollte (vgl. Beste 2006). Noch in 2008 argumentierte schließlich der damalige sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Peter Struck, dass »wir [...] gleiche Nähe haben [müssen] zwischen uns und Amerika einerseits, uns und Russland andererseits« (vgl. Schmiese 2008).

nung von »Westbindung plus Ostverbindungen« abzielenden Abnutzungsmultilateralismus einerseits und dem neuen, auf EUropäische Selbstbehauptung im west-östlichen wie auch im globalen Kontext abzielenden fordernden Multilateralismus andererseits. Dies ist aus mehreren Gründen auch nicht weiter verwunderlich. Zum einen ist das außenpolitische Establishment über viele Jahrzehnte hinweg in die Praxis europäischer multilateraler Diplomatie hinein sozialisiert worden. Da zudem erfolgreiche außenpolitische Praktiken Verstärkungseffekte hervorrufen, ist es nahe liegend, dass die politische Klasse vor dem Hintergrund der außenpolitischen Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik deren Erfolgsrezepte unter den neuen Bedingungen europäischer Außenpolitik nachahmt bzw. bestenfalls behutsam fort-schreibt. Hinzu kommt, dass das internationale Umfeld eine solche Ausrichtung prämiert. Im EU-Kontext trägt sowohl die inhaltlich-strategische als auch die taktische Positionierung deutscher Außenpolitik der Situation Rechnung, dass es in einer größeren, institutionell nach wie vor prekär ausbalancierten und international auf Selbstbehauptung bedachten Union sowohl darauf ankommt, Führungsaufgaben zu übernehmen als auch konkurrierende Interessen selbstbewusster Nationalstaaten auszugleichen. Eine strategische Ausrichtung der EU an einer europäischen Variante der Bonner »Westbindung-plus-Ostverbindungen«-Strategie markiert vor diesem Hintergrund eine Kompromisslinie, die sowohl für jene akzeptabel sein sollte, die ein eigenständiges, notfalls auch gegenüber den USA deutlicher konturiertes EU-Profil gestärkt sehen wollen, als auch für jene, die nach wie vor eine enge Anlehnung an die USA präferieren. In taktischer Hinsicht kommt hinzu, dass die beiden anderen europäischen Führungsmächte, Frankreich und Großbritannien, aufgrund ihrer anders gelagerten außenpolitischen Traditionen weit weniger gut darauf vorbereitet sind diese Rolle zu spielen.

Diese Gründe sprechen auch dafür, dass es sich bei der neuen Variante eines auf EUropäische Selbstbehauptung abzielenden fordernden Multilateralismus um eine gefestigtere strategische Ausrichtung der deutschen Außenpolitik handeln dürfte, als die bislang unterentwickelte konzeptionelle Explikation eigentlich suggeriert. Hinzu kommt nämlich, dass die neue strategische Positionierung Deutschlands nicht nur anschlussfähig ist an internalisierte diplomatische Praktiken, sondern auch dem ausgeprägten neuen Bedürfnis der außenpolitischen Klasse in Berlin nach einer sichtbaren Statusaufwertung und ähnlich gelagerten, wenn auch etwas diffuseren Stimmungen in der öffentlichen Meinung entgegenkommt.

In der EU ist heute jedenfalls die Statusdifferenz zwischen beispielsweise Deutschland und Italien unübersehbar, die noch vor 20 Jahren in etwa in derselben außenpolitischen Gewichtsklasse verortet waren. Dies ist, wie zuletzt die griechische Finanzkrise zeigte, in Haushalts- und Finanzfragen selbst gegenüber Frankreich und Großbritannien unstrittig. Aber sogar auf dem Feld der Sicherheitspolitik rangiert Deutschland heute auf einer Stufe mit den beiden ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat. Wenn innerhalb der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gemeinsame militärische Aktivitäten erwogen werden, führt an einer informellen Vorklärung zwischen der sogenannten »EU3«-Gruppe aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich kein Weg mehr vorbei. Eine besonders sichtbare Statusaufwer-

tung hat Deutschland im Rahmen der »P5 plus Deutschland«-Gruppe erhalten, die in der Atomkrise im Auftrag der Vereinten Nationen die Verhandlungen mit dem Iran führt. Für die Neupositionierung Deutschlands wie auch der EU ist dieses informelle Arrangement aus mehreren Gründen von besonderem Interesse. Erstens signalisiert die singuläre Einbeziehung eines nicht permanent im UN-Sicherheitsrat vertretenen UN-Mitglieds, wie wichtig die fünf ständigen Mitglieder die Rolle Deutschlands als eines führenden Repräsentanten der Europäischen Union einschätzen. Die Tatsache, dass Großbritannien, Frankreich und Deutschland zudem mit einem Mandat der Europäischen Union an den Verhandlungen beteiligt sind und dem Ministerrat regelmäßig über ihren Stand berichten, unterstreicht zweitens die EU-interne Anerkennung des hervorgehobenen deutschen Status. Dass mit der Einbeziehung Deutschlands schließlich drittens zumindest indirekt zu Protokoll gegeben wird, dass Großbritannien und Frankreich allein nicht für die EU sprechen können, stärkt sowohl Deutschland in der EU als auch die EU im internationalen Kontext.

In Berlin wird diese Entwicklung jedenfalls mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Sie dürfte für die politische Klasse ferner Anlass genug sein, nicht in die »realistische« Klage über den vermeintlichen Verlust des »Kompasses« nationalstaatlicher »Staatsraison« (Schwarz) einzustimmen. Wie nämlich eine aussichtsreichere Alternative zum neuen außenpolitischen Gestaltungs- und Führungsanspruch im europäischen Rahmen aussehen sollte, ist schwer erkennbar. Die einzige denkbare Alternative bestünde darin, deutlich offensiver und auch öffentlicher eine Politik der nationalen Interessenmaximierung zu propagieren. Es ist jedoch zweifelhaft, worin der Mehrwert einer solchen Positionierung läge. Sowohl das bisher weitgehend erfolglose deutsche Streben nach einem ständigen nationalen Sitz im UN-Sicherheitsrat als auch die teils heftigen, wenn auch zumeist hinter vorgehaltener Hand vorgetragenen, Vorwürfe gegen das deutsche Krisenmanagement während der griechischen Finanzkrise machen die Grenzen und negativen Folgen solchen Handelns deutlich.

Einen zweiten Grund für die Annahme, dass ein fordernder Multilateralismus mit dem Ziel EUropäischer Selbstbehauptung als fortgeschriebene außenpolitische Tradition bereits heute vergleichsweise gefestigt ist, liefern die beiden letzten Bundeskanzler. Schröder und Merkel stehen beispielhaft für die neue Generation deutscher Außenpolitiker. In gewisser Weise markieren sie sogar entgegengesetzte Pole eines imaginären Spektrums denkbarer außenpolitischer Positionierungen. Dies lässt sich zum einen am Stil und zum anderen an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung festmachen. Wo Schröder eine deutlich stärker russophile Orientierung an den Tag legte als der Durchschnitt der Deutschen, weicht Merkel umgekehrt mit ihrer instinktiv Amerika-freundlichen Ausrichtung vom deutschen Durchschnitt ab. Und wo Schröder mit seinen Basta-Allüren auch in der Außenpolitik manche vor den Kopf stieß, überrascht Merkels außenpolitischer Stil durch dezidierte diplomatische Zurückhaltung selbst an jenen Stellen, wo auch erfahrenen Außenpolitikern hin und wieder öffentlich der Kragen platzt. Im Blick auf das außenpolitische Personal in Berlin ist derzeit schwer vorstellbar, wo jenseits solcher gegensätzlicher außenpolitischer Führungsprofile Platz für eine signifikant anders gelagerte, dritte Führungsvariante

sein könnte. Da nun aber Merkel als auch Schröder bei allen sonstigen Unterschieden ohne weiteres als Befürworter einer Strategie EUropäischer Selbstbehauptung bezeichnet werden können (und gerade die Bismarck-Vergleiche, die in Bezug auf Merkel während der griechischen Finanzkrise gezogen wurden, wenig Zweifel an ihrem Durchsetzungswillen in Kernfragen deutscher Außenpolitik aufkommen lassen), spricht auch dieser Faktor für die Beständigkeit der neuen außenpolitischen Traditionslinie.

Dafür spricht drittens auch die Unterstützung, die man zugunsten einer solchen Ausrichtung der öffentlichen Meinung entnehmen kann. Umfragedaten sind zwar mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Das Bild, das in der Summe solcher Umfragen der letzten Jahre entsteht, lässt allerdings doch gewisse Rückschlüsse zu. Erstens assoziieren immer mehr Bundesbürger mit Deutschland nicht nur einen »ausgleichenden« Akteur in der internationalen Politik, der »häufig bei internationalen Konflikten vermittelt« (66% in 2009 im Vergleich zu 59% in 2002), sondern auch ein Land, das »selbstbewusst im Umgang mit anderen Ländern« agiert (59%/48%; vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, 33). Allerdings sehen heute etwas weniger Deutsche einen »sehr großen« oder »großen« Einfluss Deutschlands in der Welt als vor Beginn der Kanzlerschaft Gerhard Schröders (64% in 1997, 50% in 2005, 53% in 2007). Im Blick auf Deutschlands Einfluss in Europa ist die Zahl derjenigen, die diesen als »sehr groß« oder »groß« wahrnehmen, zwischen 1997 und 2007 sogar von 76% auf 64% zurückgegangen (vgl. ebd., 290). Insgesamt steigt allerdings die Zahl derjenigen weiter an, die eine *Zunahme* des Einflusses Deutschlands in der Welt insgesamt wahrnimmt (32% in 2000, 47% in 2007; vgl. ebd., 299). Zweitens unterstützt die deutsche Öffentlichkeit seit langem und mit deutlicher Mehrheit die Position, dass Außenpolitik stärker im europäischen als im nationalen Rahmen gebündelt und zudem unabhängig von den USA gestaltet werden soll. Im Mai 2008 sprachen sich 67% der Deutschen dafür aus, dass Außenpolitik in Europa »gemeinsam und einheitlich gemacht« werden sollte (zum Vergleich: lediglich 58% bzw. 54% der Deutschen sprachen sich in der Zuwanderungs- und Asylpolitik bzw. in der Abgaben- und Steuerpolitik für gemeinsames und einheitliches Handeln aus; vgl. ebd. 291). Gleichzeitig befürworteten im Mai 2006 fast zwei Drittel (64%) der Befragten die Aussage, dass die EU »eine aktive Rolle in der Weltpolitik spielen, dabei aber eine möglichst eigenständige Politik unabhängig von den USA« verfolgen sollte (lediglich 19% bevorzugten eine aktive Rolle in »enger Zusammenarbeit« mit den USA; 11% meinten, dass die EU versuchen sollte, »sich möglichst aus der Weltpolitik herauszuhalten«; vgl. ebd. 293). Drittens ist allerdings auch nicht zu übersehen, dass immer mehr Deutsche eine herausgehobene außenpolitische Rolle ihres Landes als Belastung wahrnehmen, von der sie stärker Abstand nehmen würden. Seit der Vereinigung war nämlich die Unterstützung der Aussage, dass Deutschland »mehr Verantwortung in der Welt übernehmen« solle nie so gering ausgeprägt wie in 2008. Nur noch 16% stimmten in jenem Jahr dieser Aussage zu, während 65% meinten, dass Deutschland sich »zurückhalten« sollte. Diese Werte lagen sogar deutlich unter bzw. über den Werten, die noch ganz unter dem Eindruck der Vereinigung Anfang der 1990er Jahre gemessen wurden (1991 plädierten 31%

für »mehr Verantwortung« und 56% für »Zurückhaltung«), ganz zu schweigen von der Hochphase des außenpolitischen Aktivismus im Jahr 2002 als erst- und einmalig eine Mehrheit der Deutschen »mehr Verantwortung übernehmen«, statt sich »zurückhalten« wollte (41/29%; vgl. ebd. 300). In der Summe ergibt sich daraus ein ambivalentes Bild: einerseits sehnt sich die deutsche Öffentlichkeit wie die außenpolitische Elite nach einer sichtbaren Statusaufwertung. Zudem gilt die EU bei aller Skepsis hinsichtlich des Integrationstempos nach wie vor als zentrale Vehikel zur Realisierung außenpolitischer Ziele. Andererseits schreckt die deutsche Bevölkerung jedoch zunehmend vor den Folgen zurück, die mit der Übernahme größerer Verantwortung einhergehen. In dieser Konstellation drängt sich eine herausgehobene deutsche Rolle im Verbund der Europäischen Union als Antwort auf den Zielkonflikt zwischen Statusaufwertung und Lastenteilung geradezu auf. Da sich in den Umfragen im Vergleich zu den 1990er Jahren zudem eine deutlich skeptischere Einschätzung sowohl Russlands als auch der USA zeigt, dürfte auch die inhaltlich-strategische Ausrichtung deutscher Außenpolitik zugunsten einer Europäischen Selbstbehauptung auf Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit stoßen.

Wenn man einmal unterstellt, dass die Formel eines fordernden Multilateralismus mit dem Ziel EUropäischer Selbstbehauptung in etwa den Kern der fortgeschriebenen außenpolitischen Tradition Deutschlands trifft, und wenn ferner gilt, dass die beschriebenen Rahmenbedingungen eine gewisse Dauerhaftigkeit gewährleisten sollten, stellt sich natürlich unmittelbar die Anschlussfrage, welche weiterreichenden Effekte eine solche Neupositionierung erzeugen könnte. Einige sind heute bereits erkennbar. Dies gilt zum einen im Hinblick auf die weitere institutionelle Entwicklung europäischer Außenpolitik. Wo die deutsche Außenpolitik noch vor 20 Jahren eine deutliche Präferenz zugunsten supranationaler Lösungen hatte, sympathisiert sie heute mit der Mehrheit im Zentrum des EU-Meinungsspektrums, die den im wesentlichen intergouvernementalen Entwicklungspfad, wie er im Lissabonner Reformvertrag gezeichnet wird, für völlig ausreichend hält. Dies ist nicht zuletzt deshalb wenig verwunderlich, weil der Lissaboner Vertrag den Einfluss großer Staaten wie Deutschlands merklich erhöht hat. Ein Resultat dieser Entwicklung wird natürlich eine stärker differenzierte Union sein, die den großen Staaten größere Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, auch wenn sie in allen entscheidenden Fragen den Druck zur Kompromissuche aufrechterhält. Im Vergleich zur Bonner Europapolitik kommt dies einem Paradigmenwechsel gleich. Wo früher bestenfalls ein Mitführungsanspruch im Tandem mit Paris bestand, wird heute immer häufiger ein eigenständiger deutscher Gestaltungswille sichtbar. Da die Notwendigkeit zur Koalitionsbildung und zum innereuropäischen Interessenausgleich in der Folge der Erweiterungen jedoch eher noch gestiegen ist und sich bei aller Unvollkommenheit der institutionellen Fortentwicklung europäischer Außenpolitik heute auch komplexer darstellt als noch vor 20 Jahren, haben sich in der Gesamtschau die Erfolgsbedingungen deutscher Außenpolitik weit weniger geändert, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag: Deutsche Außenpolitik wird auch in Zukunft in der Mitgestaltung europäischer Außenpolitik in dem Maße erfolgreich sein wie es ihr gelingt, mehrheits- bzw. konsensfähige Positionen zu entwickeln. Unter veränderten Rahmenbe-

dingungen hat sich auch diese Lehre in der griechischen Finanzkrise bewahrheitet. Auch einem deutlich »selbstbewussteren« und stärker machtpolitisch agierenden Deutschland wird daher wahrscheinlich öfter als es der formale Machtzuwachs suggeriert Zurückhaltung abverlangt werden.

Literatur

- Agence France Presse (German) 2005: Russland und Deutschland besiegeln Gasleitung durch Ostsee, 08.09.2005.
- Andrae, Lisette 2002: Reform in der Warteschleife. Ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat?, München.
- Auswärtigen Amt 2006: »Bundesminister Steinmeier zum 1. Krisenpräventionsbericht der Bundesregierung«, Pressemitteilung, 31.05.2006. Online unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Meldungen/2006/060531-Krisenpraevention.html>; 02.06.2006.
- Bannas, Günter 2008: Erst Sotschi, dann Tiflis: Merkel in diplomatischer Mission; In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.08.2008.
- Baumann, Rainer 2006: Der Wandel des deutschen Multilateralismus. Eine diskursanalytische Untersuchung deutscher Außenpolitik, Baden-Baden.
- Besson, Waldemar 1970: Der Streit der Traditionen: Über die historischen Grundlagen der deutschen Außenpolitik; In: Kaiser, Karl/Morgan, Roger (Hg.): Strukturwandel der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, München, Wien, 94-109.
- Beste, Ralf 2006: Operation Ost; In: DER SPIEGEL, 04.09.2006, 32-33.
- Betzuege, Reinhard (Hg.) 1995: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln.
- Bundesregierung 2004, Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«, 12. Mai 2004, Berlin. Online unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/FriedenSicherheit/Krisenpraevention/Aktionsplan-Volltext.pdf>; 23.09.2005.
- Buras, Piotr/Longhurst, Kerry: 2004: The Berlin Republic, Iraq, and the Use of Force; In: European Security, 13 (3), 215-245.
- Busse, Nikolas 2010: EU-Gipfel im Mai: Als der Euro gerettet wurde; In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.07.2010.
- Dalgaard-Nielsen, Anja 2003: Gulf War: The German Resistance; In: Survival, 45 (1), 99-116.
- Dohmen, Caspar/Braun, Stefan 2008: Einigung über Mittelmeerunion: Sarkozy und Merkel legen Streit bei; In: Süddeutsche Zeitung, 03.03.2008.
- Ehlers, Kai 2005: Seebeben an der Ostsee? Online unter: <http://www.kai-ehlers.de/Artikel/2005/0512seebeben.html>; 15.01.2006.
- Fischer, Joschka 1994: Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, Köln.
- Forsberg, Tuomas 2005: German Foreign Policy and the War on Iraq: Anti-Americanism, Pacifism or Emancipation?; In: Security Dialogue, 36 (2), 213-231.
- Garton Ash, Timothy 1994: Germany's Choice; In: Foreign Affairs, 73 (4), 65-81.
- Genscher, Hans-Dietrich 1990: Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland durch den Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, am 20. September 1990, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Legislaturperiode, 226. Sitzung.

- Götz, Roland 2006: Deutschland und Russland – »strategische Partner«?; In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/2006, 14-23.
- Götz, Roland 2005: Die Ostseegaspipeline. Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?, SWP-Aktuell 41/2005 (September). Online unter: http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=4987; 15.01.2006.
- Harnisch, Sebastian 2004: Bound to fail? Germany's Iraq Policy in the Iraq Crisis 2001-2003; In: Stosunki Międzynarodowe, 29 (1-2), 57-83. Online unter: <http://www.ism.uw.edu.pl/harnisch.pdf>; 13.4.2005.
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. (Hg.) 2001: Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic, Manchester, New York.
- Hellmann, Gunther 2010: Pragmatismus; In: Masala, Carlo/Sauer, Frank/Wilhelm, Andreas (Hg.), Handbuch Internationale Beziehungen, Wiesbaden, 145-178.
- Hellmann, Gunther 2009: Ein fordernder Multilateralismus. Deutschlands Fortschreibung seiner außenpolitischen Traditionslinie ist gefestigter als gemeinhin unterstellt; In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.02.2009, 7.
- Hellmann, Gunther 2007: »...um diesen deutschen Weg zu Ende gehen zu können.« Die Renaissance machtpolitischer Selbstbehauptung in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder-Fischer; In: Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Ende eines rot-grünen Projekts. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002-2005, Wiesbaden, 453-480.
- Hellmann, Gunther (Hg.) 2006a: Germany's EU Policy in Asylum and Defence: De-Europeanization by Default?, Houndmills/Basingstoke.
- Hellmann, Gunther 2006b: Europäisches Deutschland oder deutsches Europa? Deutsche Wege in der Außen- und Sicherheitspolitik seit der Vereinigung 1990; In: Weber, Jürgen (Hg.): Illusionen, Realitäten, Erfolg: Zwischenbilanz zur deutschen Einheit, München, 237-304.
- Hellmann, Gunther 2004: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus; In: WeltTrends, 12 (42), 79-88.
- Hellmann, Gunther 1996: Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany; In: Mershon International Studies Review, 40 (1), 1-39.
- Hellmann, Gunther/Roos, Ulrich 2007: Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im Welt-sicherheitsrat. Analyse eines Irrwegs und Skizzen eines Auswegs, Institut für Entwicklung und Frieden, INEF-Report 92, Duisburg.
- Institut für Demoskopie Allensbach 2010: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Berlin.
- Katzenstein, Peter 1991: Die Fesselung deutscher Macht im internationalen System: Der Einigungsprozess 1989-90; In: Blanke, Bernhard/Wollmann Hellmut (Hg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel (zugl. Leviathan, Sonderheft 12/1991), Opladen, 68-80.
- Kleinwächter, Lutz/Krämer, Raimund (Hg.) 2007: Militärmacht Deutschland? Zur aktuellen Debatte um Auslandseinsätze, Potsdam.
- Kohler-Koch, Beate 1991: Deutsche Einigung im Spannungsfeld internationaler Umbrüche; In: Politische Vierteljahresschrift, 32 (4), 605-620.
- Lang, Kai-Olaf 2005a: Machtwechsel in Warschau. Kurswechsel in der Außenpolitik?, SWP-Aktuell, Nr. 53/2005 (Dezember). Online unter: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1493; 15.01.2006.
- Lang, Kai-Olaf 2005b: Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer »Ostpolitik«, SWP-Aktuell, Nr. 22/2005 (Mai). Online unter: http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1287; 15.01.2006.
- Lohse, Eckhart 2004: »Finster entschlossen«. Berlin will ständigen Sicherheitsratssitz; In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.05.2004, 1-2.

- Mastanduno, Michael/Lake, David A./Ikenberry, John G. 1989: Towards a Realist Theory of State Action; In: *International Studies Quarterly*, 33 (4), 457-474.
- Mauß, Hanns W. 2007: Zivilmacht Deutschland; In: Hellmann, Gunther/Schmidt, Siegmund/Wolf, Reinhard (Hg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden, 73-84.
- Mauß, Hanns W. 2006: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck; In: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, 421-446.
- Mauß, Hanns W. 2004: »Normalisierung« oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik auf dem Prüfstand; In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/2004, 17-23.
- Meroth, Peter 1991: Deutschland 2000. Der Staat, den wir uns wünschen; In: *SZ-Magazin*, 04.01.1991, 8-9.
- Peters, Dirk 2001: The Debate about a New German Foreign Policy after Unification; In: Volker Rittberger (Hg.), *German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies*, Manchester, New York, 11-33.
- Quandt, Markus 2005: Neue Themen, neue Lage: Irak-Krise und Elbhochwasser als wahlentscheidende Ereignisse?; In: Güllner, Manfred/Dülmer, Hermann/Klein, Markus/Ohr, Dieter/Quandt, Markus/Rosar, Ulrich/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, Wiesbaden, 161-180.
- Rittberger, Volker (Hg.) 2001: *German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies*, Manchester, New York.
- Rittberger, Volker 1992: Nach der Vereinigung – Deutschlands Stellung in der Welt; In: *Leviathan*, 20 (2), 207-229.
- Ronzitti, Natalino 2010: The Reform of the UN Security Council, *Istituto Affari Internazionali, Documenti IAI 10/13*, July 2010, Rom.
- Rosar, Ulrich/Ohr, Dieter 2005: Die Spitzenkandidaten: Image und Wirkung; In: Güllner, Manfred/Dülmer, Hermann/Klein, Markus/Ohr, Dieter/Quandt, Markus/Rosar, Ulrich/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) 2005: *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, Wiesbaden, 103-121.
- Rosecrance, Richard 1987: *Der Neue Handelsstaat. Herausforderung für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt/M.
- Schildt, Axel 1999: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt/M.
- Schmiese, Wulf 2008: Russland-Politik: Gefährlich unversöhnlich?; In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.08.2008.
- Schöllgen, Gregor 2005: Deutsche Außenpolitik in der Ära Schröder; In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32-33/2005, 3-8.
- Schöllgen, Gregor 2003: *Der Auftritt. Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne*, München.
- Schröder, Gerhard 2002a: Rede in der Haushaltsdebatte vor dem Deutschen Bundestag am 4. Dezember 2002 in Berlin; In: *Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, Nr. 99-1, 04.12.2002.
- Schröder, Gerhard 2002b: Rede beim Weltwirtschaftsforum am 1. Februar 2002 in New York. Online unter: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/83/68583/multi.htm>; 17.09.2010.
- Schwarz, Hans-Peter 2005: Republik ohne Kompass; In: *Internationale Politik*, Januar 2005, 46-53.
- Staack, Michael 2006: Deutschland als Wirtschaftsmacht; In: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden, 85-100.

- Szabo, Stephen F. 2004: Parting Ways. The Crisis in German-American Relations, Washington, D.C.
- Thatcher, Margaret 1993: The Downing Street Years, New York.
- Treitschke, Heinrich von, 1897: Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin, 1. Bd., hg. von Max Cornicelius, Leipzig.
- Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja/Hellmann, Gunther 2005: »Normal« und »selbstbewusst«: Zur Analyse des außenpolitischen Vokabulars der Berliner Republik als Fährte einer außenpolitischen Neuorientierung, Papier vorgestellt auf der Tagung der Sektion Internationale Politik in Mannheim, 6.-8. Oktober 2005.
- Wolf, Klaus Dieter 1991: Das neue Deutschland – eine »Weltmacht«?; In: Leviathan, 19 (2), 247-260.